

## Trotz alledem!

Aus den kleinen zersplitterten politischen Arbeiterorganisationen, deren Auftreten in der politischen Arena mit mißdeutendem Lächeln begrüßt worden war, ist unter der machtvollsten, brutalsten Bekämpfung eine Partei geworden, deren gewaltige Größe in der Weltgeschichte bisher unerreicht dasteht. Eine einzige geschlossene Organisation, die als ein unwiderstehlicher Wille der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gegenübersteht.

So einzig wie die Organisation, so ungestüm, überwältigend der Kampf, so glänzend die Siege. Freilich, mit seltener Einsichtslosigkeit haben immer und immer wieder die Gegner die Grundlagen für diese Einigkeit hergestellt. Ihre täppische, brutale Gewaltthätigkeit zwang die Arbeiterschaft förmlich zur Einigkeit.

Umso schmerzvoller berührt der Anblick der Zersplitterung in der wirtschaftlichen Arbeiterbewegung.

Und besonders in der Gewerkschaftsbewegung! — Neben den grossen, heut' schon imposanten zentralorganisierten, trotten, dummen Schulbuben gleich, launisch kleine Sonderorganisationen, Zerrbilder von Gewerkschaften. Dann die rückständigen Lokalorganisationen, die zahlreichen aber macht- und kraftlosen Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, die christlichen, die evangelischen, die katholischen und antisemitischen Verbände, ein krauses Gewirr von instinktiven ersten Wollen und böswilliger Verhetzung.

Und doch; — so scheinbar trostlos als dieses Bild aussieht ist es in Wirklichkeit keineswegs. Eine seltsame Gärung, wie eine naturnotwendige Entwicklung, kann der aufmerksame Beobachter in all' jenen Verbänden und Vereinen bemerken. Ja eine Entwicklung vollzieht sich dort, die die Begründer dieser Vereine nicht geahnt, geschweige denn gewollt haben.

Gegründet sind die meisten dieser Verbände zu dem ausschliesslichen Zweck: die noch unorganisierten Arbeiter vor den sozialdemokratischen politischen und den von Gegnern ebenso genannten gewerkschaftlichen Organisationen zu bewahren. So wurden von freisinniger Seite die sogenannten Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine gegründet, die nichts von Klassenkampf wissen wollten, den Streik verpönten und nur durch Gründung von Unterstützungskassen die Lage der Arbeiter zu verbessern gedachten. Noch heute stehen ihre Unterstützungskassen mustergiltig da, durch Unterschrift des berechtigten Reverses waren Sozialdemokraten ausgeschlossen, und doch, — eine tiefe Gärung in diesen Vereinen zeugt von der allgemeinen Unzufriedenheit der dort organisierten Arbeiter mit der Leitung; wäre doch auf ihrem letzten allgemeinen Verbandstage beinahe der Syndikus Dr. Max Hirsch dieser Unzufriedenheit zum Opfer gefallen. Nur eine winzige Majorität rettete ihn vor diesem Schicksal. Und in dem an Mitgliedern stärksten, dem Metallarbeiter-Gewerkverein hat man den berechtigten Revers aus dem Statut gestrichen.

Aehnliche und stärkere nicht misszuverstehende Zeichen finden sich auch in den anderen, zu ähnlichen Zwecken gegründeten Organisationen. So sind die evangelischen und katholischen Arbeitervereine, die von kirchlicher Seite gegründet wurden, um die Arbeiterschaft fester an ihren Einfluss zu ketten, in kurzer Zeit zur Einsicht ihrer organisatorischen Macht gekommen und haben mehr und mehr gelernt, die wirkungsvolle Waffe des Streiks zu benutzen. Schreckensbleich standen oft Priester und Pfaffen und sahen mit Thränen in den Augen die Entartung ihrer lieben Kinder. Dann kam es wohl auch vor, dass sie zornbebedingtes furchbares Strafrecht halten wollten, aber die trotzigen Göhren setzten ihnen hohnlachend den Stuhl vor die Thüre und verbatnen grob die Einmischung der Väter in ihre internen Angelegenheiten. . . . Man wollte die noch nicht infizierte Arbeiterschaft vor dem sozialistischen Gift bewahren und dachte sie durch Gründung von konfessionellen Gewerkschaften unter Führung von evangelischen oder katholischen Geistlichen dauernd fromm, sitzsaft und bescheiden zu halten. Aber man spielte nicht ungestraft mit Feuer. Der kleine Lichtfunken, der mit der Organisationsidee jenen Arbeitern gegeben wurde, zündete überraschend schnell. Man versuchte den praktischen Nutzen und lernte bald die dadurch gewonnene Macht erkennen und schätzen. Wer schärfer und tiefer die wirtschaftlichen Zusammenhänge erfasste, ging zu den freieren Zentralverbänden über. Und dieser Teil ist kein geringer. — Auch die sogenannten Lokalvereine nehmen nicht nur dauernd an Mitgliedern ab, nein, ganze Vereine schwenken in das Lager ihrer zentralisierten Berufsverbände über. Das widerliche Gebahren der Führer dieser rückständigsten aller Gewerkschaftsgruppen muss allerdings jeden anständigen Menschen mit Ekel erfüllen. Ist es doch schon so weit gekommen, dass in der letzten Nummer ihres Organs „Die Einigkeit“ direkt zur Denunziation der in den Zentralorganisationen thätigen Arbeiter an die Behörden aufgefodert wurde, wenn ihre Mitglieder sich von ersteren belästigt fühlen sollten. Im blinden Fanatismus verraten Arbeiter

ihre Klassengenossen in einer Weise, die man nur dem verboresten Scharfmacher zutrauen möchte. Doch, wie schon gesagt, die Zahl der Lokalisten ist im merklichen Schwund begriffen und schliesslich hat auch ebengenannte Niederträchtigkeit die gute Folge, sie noch mehr zusammenschumpfen zu lassen.

So bedauerlich die Zersplitterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung auch ist, die Entwicklung die alle diese verschiedenen Arbeiterorganisationen durchmachen, lassen eins mit Klarheit erkennen: »Auch die wirtschaftliche Arbeiterbewegung drängt mit Naturnotwendigkeit zur Einheit.«

Schritt für Schritt mit der wachsenden Konzentration des Kapitals wächst auch die Macht der Gewerkschaften und konzentriert sich das bewusste Streben aller Arbeiterorganisationen auf einen mehr und mehr gemeinschaftlichen Willen.

»Der erste deutsche Arbeiterkongress«, wie er sich selbst nicht gerade bescheiden nannte, der am 25. und 26. Oktober d. J. in Frankfurt a. M. tagte, zeitigte klar und deutlich jene oben geschilderte Tendenz.

Ueber 20 Verbände, darunter der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, die katholischen Arbeitervereine in West- und Süddeutschland und Berlin, der deutschen nationale Handlungsgehilfenverband und der Verband der badischen Eisenbahnbediensteten, nahmen daran teil.

Der Zweck des Kongresses sollte laut Bericht des Organisationskomitees sein: die Förderung der sozialen Reform. Dazu sei eine Annäherung der nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen notwendig, um so ein Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie herzustellen. Gleichzeitig will man aber den reaktionären Kreisen zeigen, dass nicht nur sozialdemokratisch gesinnte Arbeiter Forderungen an die Sozialgesetzgebung zu stellen haben, sondern dass auch tausende christlichnational gesinnter Arbeiter die vorgeschrittenen Forderungen, z. B. Ausbau des Koalitionsrechts und Vereinsrechts, Verleihung von Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine und Errichtung von Arbeiterkammern durchgeführt zu sehen wünschen.

Diese 3 Forderungen bildeten auch die Themen der dort gehaltenen Referate und Diskussionen.

Zweifelloos bestehen über den Wert dieses Kongresses für die moderne, auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Arbeiterbewegung, verschiedene Ansichten. Je nachdem man die dort vorgebrachten reaktionären und auch zum Teil einsichtslosen Aeusserungen gegenüber den vernünftigen beurteilt, so wird auch schliesslich unser Gesamturteil lauten. Aber ich meine doch, so darf man eine solche Veranstaltung nicht betrachten. So wie wir jeden Einzelnen, den wir in mündlicher Agitation mit sozialistischen Ideen durchtränken, im Beginn seiner neuen geistigen Entwicklung nicht als unseren unverbesserlichen Feind betrachten, weil er noch hier und da rückschrittliche Anschauungen zum Vorschein bringt, so auch das Gros der Teilnehmer dieses Kongresses und der hinter ihnen stehenden Massen. Man wird nun allerdings entgegenhalten, dass die Bekämpfung der Sozialdemokratie als Zweck des Kongresses angegeben wurde. Nun mit einer solchen Bekämpfung darf diese Partei durchaus einverstanden sein. Wenn Gegner die von ihr vertretenen Forderungen erkämpfen wollen, so darf ihr das schon recht sein. Denn nichts bestätigt besser die Berechtigung ihrer Bestrebungen, als wenn Gegner sie mit vertreten.

Freilich auf dem Kongress wurden auch einige Stimmen laut, die unter allen Umständen den § 153 der Gewerbeordnung, der zur schändlichsten Drangsalierung organisierter Arbeiter die Handhabe bot, beibehalten wollten und nur einem besseren Koalitionsrecht mit verschärften Bestimmungen gegen den sozialdemokratischen Terrorismus zustimmen zu können meinten. So Kloss: Berlin (katholischer Arbeiterverband). Aber gerade bei diesem kam der Unwille der Teilnehmer gegen scharfmacherische Anschauungen lebhaft zum Ausdruck. Die Ergebenheits-Adresse an den deutschen Kaiser und die Kundgebung des Bundes der Landwirte haben allerdings garnichts mit rein wirtschaftlichen Kämpfen zu thun.

Vergegenwärtige man sich aber noch einmal, dass fast alle diese Organisationen gegründet wurden, um die moderne Arbeiterbewegung in ihrem Siegeslauf aufzuhalten. Gegründet von Personen, die in ihrem ganzen Fühlen und Denken den Leiden und Wünschen der Arbeiterklasse weltfremd gegenüberstanden und dann betrachte man die Reden der Mehrzahl der dort zum Wort gekommenen Arbeiter; betrachte die Resolutionen und Beschlüsse, die dort mit grosser Mehrheit angenommen wurden. Bedeusam ist meiner Meinung nach vor allem auch die zur Durchführung gekommene Bestimmung: dass nur Arbeiter und aus dem Arbeiterstande hervorgegangene Führer jener Verbände reden- und stimmberechtigt sein sollten. Damit waren jene falschen Freunde, Pfaffen etc. platt an die Wand gedrückt. Das ist ein beachtenswerter Schritt zur Verselbständigung dieser Arbeiterbewegung. Eine Reihe von Rednern erklärten unter Beifall, sich nicht als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie

hergeben zu wollen. Besonders die Ausführungen von Giesberts-München-Gladbach zeigen ein klares Verständnis für die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes. Er meinte: die Arbeiter mögen sich gegenseitig verstehen lernen und über konfessionelle und politische Gegensätze hinaus die Hand reichen. . . . Mit der Sozialdemokratie mögen sich die Leute herumschlagen, die sie geschaffen haben. Wir sind Arbeiter und jeder Arbeiter ist unser Klassengenosse. — Dass der Redner mit diesen Ausführungen stürmischen Beifall ertete, soll nicht unerwähnt bleiben.

Die Resolution, bezüglich des Koalitions- und Vereinsrechts lässt an Schärfe der Stellungnahme nichts zu wünschen übrig; leider konnte man sich nicht dazu ermannen, die völlige Aufhebung des § 153 der Gewerbe-Ordnung zu verlangen. Anzuerkennen ist auch die angenehme Resolution über die Errichtung von Arbeiterkammern, die im Referat von Giesberts begründet wurde. In diesem stellte er unter anderem die sozialdemokratischen Arbeiter als mustergiltig in ihrer gewerkschaftlichen Thätigkeit hin. »Weshalb habe denn die Sozialdemokratie so grosse Erfolge? Weil sie rührig und wir schlafmüchtig sind.« So forderte er in scharfen Worten auf, das Klasseninteresse der Arbeiterschaft energischer zu vertreten.

Die Beschlüsse dieses Kongresses sollen durch eine sechsgliedrige Kommission dem Reichskanzler überbracht werden.

Soweit in knappen Zügen das wichtigste dieses Kongresses, der aus seiner Mitte ein lebendes Komitee zur Durchführung der Beschlüsse bis zum nächsten Kongress wählte.

Kein weltpolitisches grosses Ereignis ist geschehen und doch ist diese Tagung wichtig genug für uns. Die anfänglich gegen die sozialdemokratischen Organisationen gegründeten Verbände sind allmählich aus einem Mittel zum Zweck, Selbstzweck geworden und müssen, ob sie wollen oder nicht, sich mit Arbeiterpolitik befassen, das heisst mit Forderungen die von der klassenbewussten Arbeiterschaft schon lange vertreten werden. Um die Arbeiter zu fesseln, müssen sie in ehrlicher Weise an der Hebung der wirtschaftlichen Lage derselben thätig sein und müssen so entgegen ihrem ursprünglichen Zweck zu Förderern reiner Arbeiterklassenpolitik werden. Hoffentlich ist der Tag nicht mehr allzufern, wo wir neben der grossen politischen Arbeiterpartei, eine grosse, machtvolle und einige Gewerkschaftsbewegung sehen. Adolf Domnick.

## Agitations-Versammlung des Bezirks Frankfurt-Mainz.

Die Versammlung tagte am Sonntag, den 1. November a. c. von vormittag 10<sup>1/2</sup> bis abends 7<sup>1/2</sup> Uhr in der Brauerei Erbacherhof zu Darmstadt unter Vorsitz des Kollegen Werner-Frankfurt a. M. mit nachstehender Tages-Ordnung:

1. Geschäftliche Mitteilungen.
2. Bericht der Agitationskommission u. Kassenbericht.
3. Beschlussfassung über ein von der Agitationskommission ausgearbeitetes Bezirksstatut.
4. Der Stand der Tarifbewegung.
5. a) Mitteldeutsche Konferenz am 1. u. 2. Januar 1904 in Stuttgart.  
b) Eventuelle Wahl von Delegierten.
6. Die geplante Beitragserhöhung innerhalb der Organisation.
7. Verschiedenes. — Neuwahl der Agitationskommission, Festsetzung des Ortes des nächsten Bezirkstages etc. etc.

An der Versammlung nahmen 21 Delegierte sowie die Kollegen Werner und Lange als Mitglieder der Agitationskommission teil. Die Filiale der Lichtdrucker Frankfurts war durch zwei Delegierte vertreten. Die Vertreter der Versammlung waren zusammengesetzt aus den Städten Frankfurt a. M., Mainz, Hanau, Offenbach, Isenburg, Darmstadt, Wiesbaden und Aschaffenburg.

Nachdem das Protokoll der 3. Gau-Konferenz vom 25. November 1900 verlesen und in seiner Fassung angenommen, beantragt Winkelströter-Offenbach, den 3. Punkt von der Tagesordnung abzusetzen. Das Statut sei der Zahlstelle Offenbach zu spät übermittelt, es war in der kurzen Zeit nicht möglich, dasselbe eingehend zu beraten und müsse den Mitgliedern unbedingt nochmals vorgelegt werden. Die Offenbacher Delegierten sind von den Mitgliedern beauftragt, den Entwurf abzulehnen, sollte derselbe trotzdem angenommen werden, so erklären die Mitglieder denselben für sich als nicht bindend. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, dass es unbedingt notwendig sei, der Agitationskommission ein Schema vorzulegen, wonach sie sich zu richten hat. Mit der Annahme des vorgelegten Entwurfs würden dann auch für die Zukunft viele Klagen verschwinden, die man im Laufe der heutigen Verhandlungen über die Thätigkeit der Kommission noch zu hören bekommt. Obgleich noch von verschiedenen Seiten das späte Erscheinen des Statuts betont wird, bleibt der 3. Punkt der Tagesordnung bestehen.

Werner-Frankfurt berichtet alsdann über die Hauptthätigkeit der Agitationskommission, die bestrebt war, in den zunächstliegenden Orten Zahl-

stellen zu gründen wo Einzelmitglieder vorhanden, dies sei aber nur in Wiesbaden gelungen, während in Limburg nach dieser Richtung kein Erfolg zu verzeichnen sei. Die Aufgaben der Kommission werden von vielen Kollegen als sehr leicht betrachtet und ganz übersehen, dass sehr viele Fragen des Berufs der Kommission vom Hauptvorstand überwiesen werden, die sich oftmals mit dem besten Willen nicht in der gewünschten Weise erledigen lassen. Zur Lehrlingsfrage wurde zur geeigneten Zeit Stellung genommen und Artikel in den Tageszeitungen veröffentlicht, die auf die Schädlichkeit des Berufes hinwiesen. Eine Zeitung habe sich gegen die Aufnahme des Artikels mit der Motivierung gewandt, dass, wenn die Aufnahme erfolgen würde, alle anderen Berufe in derselben Weise gegen das Lehrlingswesen Front machen, die Eltern alsdann nicht mehr wüssten, in welchem Beruf sie die Kinder einstellen sollen.

Auf die Ausbaugang des Arbeitsnachweises würde oftmals hingewiesen und die Kollegen angehalten, denselben zu unterstützen. Leider müsse aber festgesetzt werden, dass die Prinzipale in vielen Fällen mehr Gewicht auf denselben legen als unsere Kollegen.

Die Gebietsabgrenzungsfrage des Deutschen Senefelder-Bundes wurde insofern gefördert, dass Referenten von unserer Seite gestellt und zahlreiche Referate in den verschiedenen Städten gehalten wurden.

Ferner war unser Augenmerk auf die Organisation der Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen gerichtet und eine Zahlstelle in Frankfurt a. M. errichtet, die zur Zeit 56 Mitglieder (darunter 5 weibliche) zählt. In Hanau wurde ebenfalls der Versuch gemacht, festen Fuss zu fassen, leider ohne Erfolg.

Die statistischen Erhebungen, die vorgenommen wurden bezüglich der Arbeitslosen, wurden vom Hauptvorstand für die kleineren Zahlstellen im allgemeinen als sehr lehrreich bezeichnet, hätten aber nur einen praktischen Wert für die grösseren Druckorte.

Mit den Vorarbeiten zur Gründung einer Filiale der Lichtdrucker wurde die Agitationskommission ebenfalls beauftragt und ist zu bemerken, dass ausser einem Kollegen sämtliche Lichtdrucker Frankfurts der Organisation angehören.

Eine öffentliche Versammlung des Zeichner-Verbandes verlief resultatlos, der zu diesem Zweck gewonnene Referent, Craemer-Leipzig, lehnte es ab, Frankfurt das zweite Mal in dieser Angelegenheit zu besuchen.

Gegen den von der Handelskammer zu Wiesbaden herausgegebenen Bericht über Lohn- und Arbeitsverhältnis der Lithographen und Steindruckere wurde Protest erhoben, da in dem Bericht Löhne angegeben wurden, die den Verhältnissen zuwiderlaufen. Eine Antwort ist auf die Beschwerde vom Leiter der Kammer nicht erfolgt. Jedenfalls sei aber zu erwarten, dass ein zweiter Bericht den tatsächlichen Verhältnissen mehr Rechnung trägt.

Eine unendliche Fülle von Arbeit brachte uns das s. Z. in Frankfurt abgehaltene Schiedsgericht in der Angelegenheit Tischendörfer-Hauptvorstand etc. Die endgültige Entscheidung in dieser Sache zu treffen, sei die Aufgabe der nächsten Generalversammlung, da auf das Flugblatt des Kollegen Tischendörfer nicht mehr geantwortet werden dürfte.

Die Frage der Tarifgemeinschaft erfordert ebenfalls eine Anzahl Versammlungen und Besprechungen, die von seiten der Kommission arrangiert werden mussten und insofern von Erfolg waren, dass wenigstens bei den Lichtdruckern und Chemigraphen der Tarif am 1. Januar 1904 in Kraft tritt.

Der zwischen den Kollegen Mühlhnghaus, der Zahlstelle Wiesbaden und dem Haupt-Vorstand entstandenen Streit, herbeigeführt durch den Austritt resp. der Entlassung des ersteren, wurde zu Gunsten des Kollegen Mühlhnghaus geschlichtet, indem nach stattgefundener Untersuchung der Angelegenheit im Beisein des Kollegen Werner eine Massregelung konstatiert werden musste.

Nachdem noch auf das von der Agitations-Kommission ausgearbeitete Bezirksstatut hingewiesen und einzelne Zahlstellen wegen Nichtzahlung der Beiträge kritisiert wurde, schloss Werner seinen Bericht mit der Aufforderung, mit aller Macht für den Tarif einzutreten.

In der Diskussion verteidigten sich die Vertreter der Zahlstellen, die keine Beiträge zur Agitationskasse gesandt, unter zu Grundelegung der obwaltenden Verhältnisse.

Mit der von der Agitations-Kommission geleiteten Arbeit sind verschiedene Delegierte nicht zufrieden und sind der Ansicht, dass gerade in Frankfurt und den umliegenden Ortschaften viel Arbeit für die Kommission vorhanden, da die Anzahl der organisierten Kollegen noch eine sehr geringe ist. Gerade die Werkstuben-Versammlungen seien speziell in Frankfurt zu empfehlen, nach dieser Richtung müsse unbedingt mehr geleistet werden. Demgegenüber wurde betont, dass man der Agitationskommission nicht alles aufbürden könne, man darf nicht vergessen, dass einzelne Personen immer zu viel mit Arbeit belastet seien. Gegenüber dem Bericht des Gautags zu Mainz nehme sich der heutige vorteilhafter heraus, dessen ungeachtet muss noch fleissiger gearbeitet werden, diese Mahnung gilt auch den Mitgliedschafts-Vorständen der einzelnen Zahlstellen. Hierzu bemerkt Kollege Boehm-Mainz, dass gerade die Agitation am Platze sehr schwierig sei, da die älteren Kollegen von der Sache nichts wissen wollen. Sein Augenmerk richte er jetzt nur noch auf die jüngeren Kollegen, da diese sich für unsere

Ideen empfänglicher zeigen. Der Arbeitsnachweis müsse ebenfalls besser ausgebaut werden, denn es komme oft vor, dass sich Mainzer Prinzipale direkt an den Arbeitsnachweis der einzelnen Zahlstellen wenden. Redner bittet dann die Kollegen, mit der Kritik bezügl. der geleisteten Arbeit innerhalb der Agitations-Kommission etwas vorsichtiger zu sein, denn arbeitsfreudige Kollegen finden sich bekanntlich für einen derartigen Posten sehr schwer. Beyer-Frankfurt befindet sich insofern in Uebereinstimmung mit seinem Vorredner, indem auch er meint, dass wir unsere Werbekraft hauptsächlich auf das junge Element konzentrieren müssen, jedoch festgestellt müsse werden, dass sich ein grosser Teil der älteren Kollegen mit unserm Prinzip einverstanden erklärt, jedoch für die Organisation selbst nicht zu haben ist. Nachdem noch eine Klage über ein zugereistes, aber nicht abgemeldetes Mitglied vorgebracht war, verteidigt sich Kollege Werner über die ihm speziell von den Isenburger Delegierten gemachten Vorwürfe auf dem Gebiet der Agitation.

Die Abrechnung der Gaukasse wurde von drei Kollegen vorgenommen und für richtig befunden.

Hierauf wurde das von der Agitations-Kommission ausgearbeitete Bezirksstatut einer lebhaften Besprechung unterzogen und nach längerer Debatte mit einigen Abänderungen angenommen. Somit ist den zum Bezirk gehörenden Zahlstellen eine bestimmte Basis gegeben, auf der für die Zukunft mit der Agitations-Kommission die Arbeiten gemeinschaftlich ihre Erledigung finden. Das Statut tritt mit dem 1. Januar 1904 in Kraft.

Werner-Frankfurt giebt alsdann einen kurzen Bericht über den Stand der Tarifbewegung. In der Diskussion stellt sich dann heraus, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, in dieser Angelegenheit allen Wünschen gerecht zu werden, was wohl hauptsächlich darauf zurückzuführen ist, dass verschiedene Berufe innerhalb unserer Organisation vertreten sind. Wird dem Wunsche des einen Rechnung getragen, so fühlt sich der andere zurückgesetzt und beansprucht für seine Arbeitsleistung die gleiche Entschädigung. Die Festsetzung des Minimallohnes der einzelnen Berufe, die Accordarbeit der Lithographen und das Prämiensystem innerhalb der Druckereien, über diese drei Punkte wird es wohl hauptsächlich unter den Kollegen selbst sowie mit den Prinzipalen und der zu verhandelnden Tarif-Kommission noch lebhaftere Auseinandersetzungen geben. Hoffen wir, dass es nun endlich einmal zu Verhandlungen mit der Arbeitgeberorganisation kommt und für beide Teile vorteilhafte Abmachungen getroffen werden. Die organisierten Kollegen sehen der Tarifbewegung mit Zuversicht entgegen. Andererseits muss es mit Freuden begrüsst werden, dass auch die Prinzipale in ihrer Presse erklären, an dem Ausbau des Tarifs mitzuarbeiten.

Beschlossen wurde, vom Haupt-Vorstand Separat-Abdrücke des abgeänderten Tarifs zu verlangen und diese den Mitgliedern zum fleissigen Studium zu überweisen.

Kollege Schweizer von der Sektion der Lichtdrucker Darmstadt's giebt alsdann einen kurzen Bericht über den angenommenen Tarif der Lichtdrucker Deutschlands, der von Kollegen Hoffmann in vielen Teilen kritisiert wurde. Er bedauert, dass über das weit verbreitete, schädliche Prämiensystem keine Abmachungen stattgefunden.

Ein vom Zentral-Arbeitsnachweis der Chemigraphen eingegangenes Schreiben macht darauf aufmerksam, dass in verschiedenen Lokalblättern schon jetzt, nachdem der Tarif kaum abgeschlossen, von den Prinzipalen Nichtverbandsmitglieder gesucht werden. Lauth-Frankfurt macht den Vorschlag, bei der Firma Klinsch & Co. vorstellig zu werden und darum zu ersuchen, dass Annoncen von Nichtverbandsmitgliedern (Prinzipale und Gehilfen) nicht aufgenommen werden.

Zum V. Punkt der Tagesordnung macht Kollege Werner auf die Einladung zur Süd- und Mitteldeutschen Konferenz aufmerksam und bemerkt, wenn die Beschickung beschlossen, wir die Kosten selbst zu decken haben, der Haupt-Vorstand bewillige hierzu keine Mittel.

In der Diskussion erklärten die Frankfurter Delegierten aus Sparsamkeitsrücksichten gegen die Beschickung stimmen zu müssen, da sie ja auch in dieser Frage mit gebundenem Mandat hierher geschickt seien.

Lange-Frankfurt als Mitglied der Agitations-Kommission empfiehlt die Beschickung der Konferenz und schlägt vor, wenn der Haupt-Vorstand hierzu keine Mittel bewilligt, dass der Agitations-Bezirk die Kosten selbst deckt. Die meisten Redner sprechen für die Beschickung des Kongresses und schlagen vor, 2 Delegierte zu senden, trotz den schlechten Kassenverhältnissen der Agitations-Kommission. Gewählt wurden die Kollegen Lange-Frankfurt und Mössinger-Hanau. Ein Antrag, dass die Kosten die Hauptkasse zu decken hat, wurde ebenfalls angenommen.

Zum VI. Punkt der Tagesordnung, die geplante Beitragserhöhung innerhalb der Organisation hält Kollege Lange-Frankfurt ein sehr ausführliches Referat und führt aus, dass in der letzten Zeit in der »Graph. Presse« schon verschiedentlich auf die Beitragserhöhung des Senefelder-Bundes auf 70 Pf. hingewiesen sei. Die täglich zunehmende Zahl der Invaliden und Witwen zwingt uns heute dazu, zunächst einer Beitragserhöhung im Senefelder-Bunde das Wort zu reden. Die dem Bunde durch die Ab-

kehrung der Beitragserhöhung in Saalfeld entstandene finanzielle Einbusse müsse unbedingt auf der nächsten General-Versammlung wieder beglichen werden. Wenn nun auf seiten der Organisation ebenfalls Stimmen laut würden, die für eine Beitragserhöhung sprechen, so muss doch wohl in Erwägung gezogen werden, ob die Mitglieder z. Z. eine doppelte Belastung, die durch die Erhöhung der Beiträge an sie herantritt unter den jetzigen Verhältnissen getragen können; diese Frage müsse Redner entschieden mit Nein beantworten. Vorläufig könne die Organisation mit dem jetzigen Beitrag wohl noch auskommen. Auf der nächsten General-Versammlung wäre zunächst eine gerechtere Verteilung der Unterstützungssätze ins Auge zu fassen, denn unter den jetzigen Bestimmungen seien die alten Mitglieder gegenüber den jüngeren bedeutend im Nachteil. Ferner sei zu konstatieren, dass durch verschiedene Manipulationen der Mitglieder dem Verein Geld verloren gehe. So z. B. durch das spätere Ueberkleben der arbeitslosen Marken mit Beitragsmarken. Ebenso die Auszahlung der Reiseunterstützung an Mitglieder die vom Auslande kommen. Gerade in dieser Beziehung machen viele Zahlstellen noch kolossale Fehler. — Dann müsse endlich darauf gedrungen werden, dass Wiedereintretende die rückständigen Beiträge zu beglichen haben. — Als ein gutes Erziehungsmittel empfiehlt Kollege Lange alle Eintretende und wegen Beitragsreste ausgeschlossene in der »Graph. Presse« bekannt zu geben. Wenn jedes Mitglied bestrebt sei, die angeführten Missstände abzuhelfen, so würde der Kasse manche Ausgabe erspart bleiben.

Beyer-Frankfurt ist mit Rücksicht auf den Senefelder-Bund ebenfalls gegen die Erhöhung der Beiträge innerhalb der Organisation, verspricht sich aber von der strikten Beachtung der Statuten keine so grossen Ersparnisse wie Kollege Lange, wenn auch zugegeben werden muss, dass die Funktionäre viele Fehler machen, die die Kasse unnötiger Weise belasten. Eine in allen Zahlstellen gleichmässig ausgezahlter Unterstützungssatz liesse sich am besten durch eine tabellarische Aufstellung herbeiführen, da die Auszahlung der Unterstützungen auf Grund der Landkarte zu manchen Differenzen führt.

Elz-Mainz befürchtet, dass trotz der Erhöhung der Beiträge im Senefelder-Bund durch die fortwährende Zunahme der Invaliden und Witwen in einigen Jahren wieder mit einem Defizit zu rechnen sei.

Hierauf nimmt die Agitations-Versammlung folgenden Antrag einstimmig an:

Die Agitationskonferenz beschliesst, von einer Beitragserhöhung innerhalb der Organisation bei der nächsten General-Versammlung abzusehen und beauftragt die neugewählte Agitations-Kommission dahingehende Statuten-Aenderungs-Anträge, entsprechend dem Referat Lange's auszuarbeiten und denselben den einzelnen Mitgliedschaften des Bezirks zur Beschlussfassung vorzulegen.

Unter Punkt VII, »Verschiedenes« schreitet man zunächst zur Neuwahl der Agitations-Kommission. Gewählt wurden die Kollegen Lange-Frankfurt als Vorsitzender, Asmuss-Frankfurt als Kassierer und Beyer-Frankfurt als Schriftführer. Die nächste Agitations-Versammlung findet in Kl.-Steinheim bei Hanau statt.

Verschiedene Delegierte machten noch auf den Ausbau des Arbeitsnachweises aufmerksam und die genauere Kontrolle der Arbeitslosen, die gehalten werden müsste, sich täglich an geeigneter Stelle zu melden. Ganz besonders wurde noch darauf hingewiesen, dass die Reiseunterstützungszahler die Pflicht haben, speziell die jungen Kollegen zum Beitritt in die Organisation und den Senefelder-Bund aufzufordern, auch sei zu geeigneter Zeit in den Tageszeitungen auf die Lehrlingsfrage unseres Berufs hinzuweisen. Da auf der nächsten General-Versammlung der Frankfurter Schiedspruch jedenfalls nochmals aufgerollt wird, so hält es die Versammlung für notwendig, dafür zu sorgen, dass ein Mitglied des Schiedsgerichts in Dresden als Delegierter vertreten ist. Ein in diesem Sinne gestellter Antrag wird acceptiert.

Am Schluss der Verhandlungen wird eine Sammlung für die sich im Ausstand befindenden Crimmschauer Textilarbeiter veranstaltet. Hierauf dankt Mössinger-Hanau im Namen der Versammlung der Agitations-Kommission für die geleistete Arbeit.

Frankfurt a. M. im November 1903.

Rud. Asmuss, Schriftführer.

## Lohnbewegungen und Streiks.

Von der Aussperrung der Berliner Metalldrucker und Gürtler sind keinerlei Aenderungen der Situation zu berichten. Die Unternehmer sind nach wie vor auf der Suche nach Arbeitswilligen und setzen unwahre Behauptungen in die Welt, während die Arbeiter guten Mutes aushalten, da es ihnen weder an Geduld, noch an Unterstützung gebricht. Wie lange sich die Berliner Metallwarenfabriken inmitten der Weihnachtssaison diesen seltsamen Machtkampf gestatten, bleibt abzuwarten. Am vernünftigsten waren diejenigen, die rechtzeitig mit den Arbeitern den Tarifvertrag vor dem Einigungsamt schlossen. Sie haben tüchtig zu thun, und die Kühnemannern warten vergebens auf Arbeitswillige.